Hinweiszettel

**Anfrage/Anregung
aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine am 30.08.2016**

Name: Detlef Weßling	Datum: 31.08.2016
Mitglied des: Haupt- und Finanzausschusses	
Sachverhalt: Herr Weßling fragt an, inwieweit die Stadt Rheine über eine Kastrationspflicht von Katzen nachdenke. Es sollte überlegt werden, eine Satzung zur Kastrationspflicht für Katzen zu erlassen. Viele andere Städte haben das bereits getan. Herr Noelke informiert, dass das Thema durch die Änderung des Jagdrechts eine neue Brisanz erhalten habe. Vor einiger Zeit sei über die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreis Steinfurt ein entsprechender Antrag eingebracht worden. Der Antrag sei kreisweit evaluiert und anschließend verworfen worden. Es sei aber nicht auszuschließen, dass das heute anders aussehen würde.	

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
FB 7- See

Rheine, 31. August 2016

Von der Verwaltung auszufüllen!

FB 3
im Hause

mit der Bitte um unverzögliche weitere Veranlassung bzw. Bearbeitung und urschriftliche Mitteilung an den Fachbereich 7 über das Veranlasste **bis zum 23.09.2016** übersandt.

Sollte dem/der Unterzeichner(in) bis zum o. g. Termin bzw. bis montags vor der nächsten Sitzung keine Rückantwort vorliegen, wird in dem entsprechenden Gremium berichtet, dass seitens des Fachbereiches **keine** Stellungnahme abgegeben wurde.

Im Auftrag

gez. Julia Seebeck

Von der Verwaltung auszufüllen!

Fachbereich 7

im Hause

Stellungnahme

- Angehängte Anfrage/Anregung wurde erledigt durch
- telefonische Mitteilung an Antragsteller(in)
 - schriftliche Nachricht an Antragsteller(in) – siehe Anlage

- Eine unverzügliche Erledigung ist nicht möglich, weil ...
(weiteres beabsichtigtes Verfahren)

- Antragsteller(in) wurde schriftlich/telefonisch in diesem Sinne informiert. Die Stellungnahme wird so schnell wie möglich nachgereicht.

- Der Einladung zur Sitzung soll folgende Stellungnahme beigefügt werden:

Für den Bereich Tierschutz ist der Kreis Steinfurt zuständig. Herr Dr. Brundiars vom Kreis Steinfurt teilt mit, dass trotz der Jagdrechtsreform keine andere Bewertung erfolgen würde.

Eine Zuständigkeit der Stadt Rheine käme nur auf generalgesetzlicher Basis – theoretisch – in Betracht. Zu denken ist hier indes einzig an die ordnungsbehördliche Generalklausel gem. § 14 OBG NRW, was indes eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung voraussetzen würde. Eine solche liegt aber nicht vor. Das wäre erst dann der Fall, wenn bspw. durch streunende Katzen in hohem Maße Krankheiten übertragen würden o. ä.

Zusammenfassend ist für eine zwingende Katzenkastration weder aus tatsächlichen, noch aus rechtlichen Gründen Raum.

*E-Mail von Herrn Dr. Brundiars:
Gesendet: 31.08.2016 09:21:31
Betreff: Antwort: Katzenkastration*

Guten Tag Herr Noelke,

im Umweltausschuss des Kreises ist im Laufe des Jahres 2015, aufgrund des Antrags der Fraktion B90 / Die Grünen mehrfach über eine kreisweite Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für frei laufende Katzen diskutiert worden. Der Antrag ist schlussendlich nicht zum Tragen gekommen, weil die hohen rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Verordnung im Kreis Steinfurt nicht vorlagen. Den Diskussionsverlauf können Sie in den entsprechenden Sitzungsvorlagen nachlesen. (www.kreis-steinfurt.de/Politik/Sitzungsdienst/Sitzungsdienst Session/Recherche/Suchbegriff "Katzen" eingeben)

*Mit freundlichen Grüßen
gez.*

*Dr. Christoph Brundiars
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Kreis Steinfurt*

Zeitaufwand für die Bearbeitung:

Sachbearbeiter(in) – ☎ 939-478